

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

F. 2011 — 2666

[C - 2011/14230]

14 FEVRIER 2011. — Arrêté royal déterminant le régime des sanctions applicables en cas de violation des dispositions du Règlement (CE) n° 1371/2007 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2007 sur les droits et obligations des voyageurs ferroviaires. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 14 février 2011 déterminant le régime des sanctions applicables en cas de violation des dispositions du Règlement (CE) n° 1371/2007 du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2007 sur les droits et obligations des voyageurs ferroviaires (*Moniteur belge* du 22 février 2011).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

N. 2011 — 2666

[C - 2011/14230]

14 FEBRUARI 2011. — Koninklijk besluit houdende vaststelling van het stelsel van sancties die van toepassing zijn op schending van bepalingen van Verordening (EG) nr. 1371/2007 van het Europees Parlement en de Raad van 23 oktober 2007 betreffende de rechten en verplichtingen van reizigers in het treinverkeer. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 14 februari 2011 houdende vaststelling van het stelsel van sancties die van toepassing zijn op schending van bepalingen van Verordening (EG) nr. 1371/2007 van het Europees Parlement en de Raad van 23 oktober 2007 betreffende de rechten en verplichtingen van reizigers in het treinverkeer (*Belgisch Staatsblad* van 22 februari 2011).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

D. 2011 — 2666

[C - 2011/14230]

14. FEBRUAR 2011 — Königlicher Erlass zur Festlegung des Systems von Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 14. Februar 2011 zur zur Festlegung des Systems von Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr.

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

FÖDERALEN OFFENLICHEN DIENSTES MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

14. FEBRUAR 2011 — Königlicher Erlass zur Festlegung des Systems von Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr, Artikel 32;

Aufgrund des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen, Artikel 4, 6, § 1 vierter Absatz, und 8;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 19. Oktober 2010;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 22. Dezember 2010;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 49.062/4 des Staatsrates vom 13. Januar 2011, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Premierministers und des Staatssekretärs für Mobilität und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr wird mit administrativen Geldbußen bestraft. Die Liste der strafbaren Handlungen und der entsprechenden Bußgeldbeträge ist in der Tabelle der Anlage zu diesem Erlass aufgeführt.

Art. 2 - Für jeden Verstoß, der in der zweiten Spalte der Tabelle dieser Anlage aufgeführt ist und aus der Nichteinhaltung des in der dritten Spalte der Tabelle angegebenen Artikels derselben Verordnung hervorgeht, wird eine administrative Geldbuße auferlegt, deren Betrag in der vierten Spalte derselben Tabelle festgelegt ist.

Im Wiederholungsfall kann die Instanz, die in Artikel 2 § 1 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen bezeichnet ist, eine administrative Geldbuße auferlegen, die den im vorangehenden Absatz genannten Betrag überschreitet, ohne jedoch den in dem Gesetz festgelegten Höchstbetrag zu übersteigen.

Art. 3 - Treffen mehrere strafbare Handlungen zusammen, wird eine einzige administrative Geldbuße auferlegt, die der Schwere der strafbaren Handlungen insgesamt angemessen ist. Diese kann jedoch weder den in dem Gesetz festgelegten Höchstbetrag noch die Summe der Höchstbeträge der Geldbußen übersteigen, die für ähnliche, nicht zusammentreffende strafbare Handlungen auferlegt werden können.

In Abweichung von Artikel 2 kann der Betrag der administrativen Geldbuße in dem Fall, dass bei der Entscheidung zur Auferlegung einer Geldbuße mildernde Umstände berücksichtigt wurden, unter den in der vierten Spalte festgelegten Betrag herabgesetzt werden, ohne jedoch 250 Euro zu unterschreiten.

Art. 4 - Es kann keinerlei administrative Geldbuße auferlegt werden, wenn die als strafbar geltende Handlung strafrechtlich verfolgbar ist und die Frist für die strafrechtliche Verfolgung dieses Verstoßes verstrichen ist.

Art. 5 - § 1. Die Instanz, die in Artikel 2 § 1 des Gesetzes vom 30. Dezember 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen bezeichnet ist, kann den Vollzug der Bußgeldzahlung ganz oder teilweise aufschieben, sofern sie dem Zuwiderhandelnden innerhalb eines Jahres vor Begehen des Verstoßes nicht bereits eine andere administrative Geldbuße auferlegt hatte.

§ 2. Der Aufschub gilt auf Bewährung während einem Jahr. Die Bewährungsfrist läuft vom Datum der Bekanntgabe der Entscheidung bis zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße.

§ 3. Der Aufschub wird von Rechts wegen widerrufen, wenn aufgrund eines erneuten Verstoßes eine weitere administrative Geldbuße auferlegt wird.

Der Widerruf des Aufschubs wird mit derselben Entscheidung zugestellt, die auch die administrative Geldbuße für den erneuten Verstoß auferlegt.

§ 4. Die administrative Geldbuße, deren Zahlung mit dem Widerruf des Aufschubs fällig wird, fällt uneingeschränkt mit der für den erneuten Verstoß auferlegten Zahlung zusammen.

Art. 6 - § 1. Die administrativen Geldbußen werden vom Föderalen Öffentlichen Dienst Mobilität und Transportwesen eingetrieben.

§ 2. Die administrativen Geldbußen sind binnen dreißig Tagen ab dem Datum zu zahlen, an dem die Entscheidung vollstreckbar wird.

Nach Ablauf der im ersten Absatz genannten Frist wird eine Mahnung per Einschreiben versandt.

Ab der im zweiten Absatz genannten Mahnung fallen Verzugszinsen zum gesetzlichen Zinssatz an.

Art. 7 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Eisenbahnverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 14. Februar 2011.

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister,

Y. LETERME

Der Staatssekretär für Mobilität,

E. SCHOUPPE

Anlage zum Königlichen Erlass vom 14. Februar 2011 zur Festlegung des Systems von Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr

Liste der strafbaren Handlungen und der entsprechenden administrativen Geldbußen

	Verstoß	Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr	Einzu- treibender Betrag
1.	Nichterfüllung der Pflicht, den Fahrgästen die Möglichkeit zu bieten, unter bestimmten Bedingungen Fahrräder im Zug mitzunehmen	Artikel 5	500 EUR
2.	Nichterfüllung der Pflicht, die Fahrgäste im Voraus über die Einstellung von Schienenverkehrsdiensten zu informieren	Artikel 7	2.000 EUR
3.	Nichterfüllung der Pflicht, den Fahrgästen: - vor der Fahrt die in Anhang II, Teil I der Verordnung genannten Informationen zu den Fahrten, für die das Eisenbahnunternehmen einen Beförderungsvertrag anbietet, zu erteilen; - während der Fahrt die in Anhang II, Teil II der Verordnung genannten Informationen zu erteilen	Artikel 8	500 EUR
4.	Nichterfüllung der Pflicht, Fahrkarten, Durchgangsfahrkarten und Buchungen anzubieten	Artikel 9	500 EUR
5.1	Nichterfüllung der Pflichten in Zusammenhang mit Reiseinformations- und Buchungssystemen	Artikel 10 § 1, 2 und 4	2.000 EUR
5.2	Nichteinhaltung des Verbots, personenbezogene Informationen über Buchungen weiterzugeben	Artikel 10 § 5	500 EUR
6.1	Nichterfüllung der Pflicht in Zusammenhang mit der Haftung bei Tötung oder Verletzung von Fahrgästen	Artikel 11	2.500 EUR
6.2	Nichterfüllung der Pflicht in Zusammenhang mit der Haftung für Handgepäck, Tiere, Reisegepäck und Fahrzeuge	Artikel 11	1.250 EUR
7.	Nichterfüllung der Pflicht eines Eisenbahnunternehmens, ausreichend versichert zu sein oder gleichwertige Vorkehrungen getroffen zu haben, um seine Haftung zu decken	Artikel 12	10.000 EUR

	Verstoß	Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr	Einzu-treibender Betrag
8.	Nichterfüllung der Pflicht, entschädigungsberechtigten natürlichen Personen einen Vorschuss zu zahlen, wenn ein Fahrgast getötet oder verletzt wird	Artikel 13	2.500 EUR
9.	Nichterfüllung der Pflicht, Fahrgäste zu unterstützen, wenn sie nach einer erlittenen Körperverletzung Schadenersatzansprüche gegenüber Dritten geltend machen	Artikel 14	1.250 EUR
10.	Nichterfüllung der Pflichten in Zusammenhang mit der Haftung für Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Zugausfälle (geregelt in Anhang I, Titel IV, Kapitel II der Verordnung)	Artikel 15	500 EUR
11.	Nichterfüllung der Pflicht, bei einer Verspätung von mehr als sechzig Minuten eine Fahrpreiserstattung oder die Fortsetzung der Fahrt mit geänderter Streckenführung anzubieten	Artikel 16	500 EUR
12.	Nichterfüllung der Pflicht, Fahrgäste zu entschädigen, wenn sie eine Verspätung erleiden, für die keine Fahrpreiserstattung erfolgt ist	Artikel 17	500 EUR
13.	Nichterfüllung der Pflicht, den Fahrgästen Hilfe zu leisten, wenn die Verspätung mehr als sechzig Minuten beträgt	Artikel 18	500 EUR
14.1	Nichterfüllung der Pflicht, nicht diskriminierende Zugangsregeln für die Beförderung von Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität aufzustellen	Artikel 19 § 1	5.000 EUR
14.2	Nichteinhaltung des Verbots, Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität bei Buchungen oder beim Kauf von Fahrkarten auf diskriminierende Weise zu behandeln	Artikel 19 § 2	1.250 EUR
15.	Nichterfüllung der Pflicht, Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität über die Zugänglichkeit der Eisenbahnverkehrsdienste und die Bedingungen für den Zugang zu den Fahrzeugen zu informieren	Artikel 20	500 EUR
16.1	Nichterfüllung der Pflicht, die Zugänglichkeit der Bahnhöfe, Bahnsteige, Fahrzeuge und anderer Einrichtungen für Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität zu gewährleisten	Artikel 21 § 1	5.000 EUR
16.2	Nichterfüllung der Pflicht, Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität die Fahrt mit dem Zug zu ermöglichen, wenn der Zug oder Bahnhof nicht mit Personal ausgestattet ist	Artikel 21 § 2	1.250 EUR
17.	Nichterfüllung der Pflicht, Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität in einem mit Personal ausgestatteten Bahnhof kostenlos Hilfe beim Einstieg in den Zug sowie beim Ausstieg aus dem Zug zu leisten, oder Nichterfüllung der Pflicht, in nicht mit Personal ausgestatteten Bahnhöfen leicht zugängliche Informationen für diese Personen anzuzeigen	Artikel 22	1.250 EUR
18.	Nichterfüllung der Pflicht, Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität im Zug und während des Ein- und Aussteigens kostenlos Hilfe zu leisten	Artikel 23	1.250 EUR
19.	Nichterfüllung der Pflichten in Bezug auf die Voraussetzungen für das Erbringen von Hilfeleistungen	Artikel 24	1.250 EUR
20.	Nichterfüllung der Pflicht, Schadenersatz für den vollständigen oder teilweisen Verlust oder die Beschädigung von Mobilitätshilfen oder sonstigen speziellen Ausrüstungen zu leisten, die von Personen mit Behinderungen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität verwendet werden	Artikel 25	1.250 EUR
21.	Nichterfüllung der Pflicht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die persönliche Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten	Artikel 26	10.000 EUR

	Verstoß	Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr	Einzu-treibender Betrag
22.	Nichterfüllung der Pflicht von Eisenbahnunternehmen, ein Verfahren zur Beschwerdebearbeitung einzurichten, die eingehenden Beschwerden innerhalb einer bestimmten Frist zu bearbeiten und einen jährlichen Bericht über die eingegangenen Beschwerden zu veröffentlichen	Artikel 27	5.000 EUR
23.	Nichterfüllung der Pflicht von Eisenbahnunternehmen, Dienstqualitätsnormen aufzustellen, ein Qualitätsmanagementsystem anzuwenden und die eigene Leistung anhand der von ihnen aufgestellten Dienstqualitätsnormen zu bewerten	Artikel 28	5.000 EUR
24.	Nichterfüllung der Pflicht, die Fahrgäste über ihre aus dieser Verordnung erwachsenden Rechte zu informieren	Artikel 29	5.000 EUR

Gesehen, um dem Königlichen Erlass vom 14. Februar 2011 zur Festlegung des Systems von Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr beigefügt zu werden.

ALBERT

Von Königs wegen:
Der Premierminister,
Y. LETERME

Der Staatssekretär für Mobilität,
E. SCHOUPPE

**SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI,
TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE**

F. 2011 — 2667

[2011/204678]

**2 OCTOBRE 2011. — Arrêté royal portant exécution du Titre 7,
Chapitre 2, de la loi-programme du 23 décembre 2009 (1)**

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi-programme du 23 décembre 2009, l'article 102, modifié par la loi du 4 juillet 2011, 103, modifié par la loi du 4 juillet 2011, et 104;

Vu l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, l'article 8, inséré par la loi du 30 mars 1994 et modifié par les lois des 7 avril 1999, 2 janvier 2001, 5 mars 2002, 8 avril 2003, 22 décembre 2003, 27 décembre 2005, 8 novembre 2007 et 22 décembre 2008, et l'article *8bis*, inséré par la loi du 2 août 2002;

Vu l'avis du Comité de gestion de l'Office national de l'Emploi, donné le 14 juillet 2011;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 13 juillet 2011;

Vu l'accord de Notre Secrétaire d'Etat au Budget, donné le 14 juillet 2011;

Vu l'avis n° 50/102/1/V du Conseil d'Etat, donné le 29 août 2011, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Emploi et sur l'avis de Nos Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

CHAPITRE 1^{er}. — *Définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1° l'arrêté-loi : l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs;

2° activités ALE : les activités effectuées en application de l'article 8 de l'arrêté-loi;

3° activités titres-services : les activités effectuées en application de l'article *8bis* de l'arrêté-loi.

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID,
ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG**

N. 2011 — 2667

[2011/204678]

**2 OKTOBER 2011. — Koninklijk besluit tot uitvoering van Titel 7,
Hoofdstuk 2, van de programmawet van 23 december 2009 (1)**

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de programmawet van 23 december 2009, artikel 102, gewijzigd bij de wet van 4 juli 2011, 103, gewijzigd bij de wet van 4 juli 2011, en 104;

Gelet op de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders, artikel 8, ingevoegd bij de wet van 30 maart 1994 en gewijzigd bij de wetten van 7 april 1999, 2 januari 2001, 5 maart 2002, 8 april 2003, 22 december 2003, 27 december 2005, 8 november 2007 en 22 december 2008, en artikel *8bis*, ingevoegd bij de wet van 2 augustus 2002;

Gelet op het advies van het Beheerscomité van de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening gegeven op 14 juli 2011;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 13 juli 2011;

Gelet op de akkoordbevinding van Onze Staatssecretaris voor Begroting van 14 juli 2011;

Gelet op het advies nr. 50/102/1/V van de Raad van State, gegeven op 29 augustus 2011, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van Onze Minister van Werk en op het advies van Onze in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

HOOFDSTUK 1. — *Définitions*

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° de besluitwet : de besluitwet van 28 december 1944 betreffende de maatschappelijke zekerheid der arbeiders;

2° PWA-activiteiten : de activiteiten verricht in toepassing van artikel 8 van de besluitwet;

3° dienstencheque-activiteiten : de activiteiten verricht in toepassing van artikel *8bis* van de besluitwet.